Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Käufe und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 38. Donnerstag 7. Februar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der sächsische Staatsminister Graf von Hohenthal erhielt ein Telegramm des Königs, in dem dieser seiner Genugtuung über die Ergebnisse der sächsischen Stichwahlen Ausdruck verleiht. (S. Dtschs. R.)

* Der Kaiser empfing gestern im königlichen Schloß die Arbeitskommission für das Volksliederbuch der Männerchöre. (S. Feuill.)

* Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm die Rekruten-Vorlage für 1907 an.

* In Wien wird 1908 eine allgemeine österreichische Ausstellung und internationale Ausstellung für Armee und Marine unter dem Titel „Kaiser-Jubiläumsausstellung" abgehalten.

* Der Bastard König Milans, Georg Christitsch, wurde in Pera mit einem Dolche angegriffen, blieb aber unverletzt. (S. Ausl.)

* Fehim Pascha wurde unter Polizei-Aufsicht gestellt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. (S. Ausl.)

* Die Haager Friedens-Konferenz soll Ende Juli zusammentreten.

* In Shanghai wurde gestern das neue deutsche Klubhaus eröffnet. (S. Letzte Tep.)

Der neue Reichstag.

Kaiser und Kanzler haben das neue deutsche Parlament mit Dichterworten begrüßt. Beide sind sehr befriedigt von der Haltung der Wählerschaft. Als der Kanzler am Abend der Hauptwahlen redete, zitierte er das Bismarcksche Wort: Wir haben Deutschland in den Sattel gesetzt. Reiten wird es schon können. Als der Kaiser nach den Stichwahlen redete, zitierte er das Zitat Bülows. In politischen hochgespannten Momenten ist also, bewußt oder unbewußt, Bismarck immer noch der höchste Exponent deutschen Wesens. Ein Faktum, dem man vor allem wünschen möchte, daß es als solches auch erkannt und verwertet werde. Bismarck hat vom Reiten gesprochen, der Kaiser vom Niederreiten. Das reitende Deutschland damals und heute!

Es wird Zeit, neben dem berechtigten Hochschwung nationaler Gefühle auch dem verstandesmäßigen Kalkul mehr Raum zu geben. Nur wenn wir an Sachsen denken, will das noch nicht recht gelingen. Tatsächlich steht der Erfolg der bürgerlichen Parteien Sachsens einzig da. Von den 23 sächsischen Wahlkreisen sind 15 erobert worden. Die Sozialdemokratie muß sich an 8 Mandaten genügen lassen und hatte doch 1903 ganz Sachsen bis auf einen einzigen Kreis im Sturm genommen. Hier sieht man, wie tief die Scham des Jahres 1903 gebrannt. Das verlumpte politische Leben Sachsens mußte erst durch diesen Faustschlag in neue, gesunde Bahnen geleitet werden, damit der heutige, grandiose Erfolg möglich wurde. Jetzt sehen vielleicht auch alle die Quietisten und Kartellisten ein, wie nötig und wie segensreich die Emanzipation des Liberalismus in Sachsen war. Und auch das ist sicher, daß ohne die Lehren des roten Wahljahres der Linksliberalismus zum mindesten nicht die Freudigkeit an der gemeinsamen und doch selbständigen Wahlarbeit gefunden hätte, ohne die der Sieg nicht zu erringen war. Eins freut uns besonders. Wenn die Nationalliberalen nicht nur ungeschwächt, sondern um 3 Mandate stärker mit 54 Abgeordneten in das Reichstagshaus wieder einziehen, so verdanken sie das den sächsischen Wählern. Nun wird es ja wohl niemand mehr wagen, von den kritischen Sachsen zu reden, die keine Abgeordneten schicken. Und auch die Parteileiter werden ja wohl nun gelindere Saiten aufziehen und den noch in Goslar so unbequem empfundenen Dr. Stresemann als Abgeordneten für Annaberg mit anderen Tönen begrüßen müssen.

Die Gesamtergebnisse der Wahlen im Reiche müssen unter anderem Gesichtspunkte betrachtet werden. Die Verluste verteilen sich auf Sozialdemokraten, Elsässer und Welfen. Von 79 Mandaten ist die Partei Bebels auf 43 gesunken. Sie ist fast halbiert worden. Und wenn nicht das bayerische schwarz-rote Kartell ihr noch ein paar Sitze zugeschanzt hätte, so wäre sie um mehr als die Hälfte geschwächt. Daß dieses Resultat überaus erfreulich ist, braucht nicht betont zu werden. Es ist die Legitimation der deutschen Reichsleitung zu einer im Bewußtsein sicheren Rückhalts kraftvollen, unbeirrten, aber ruhigen nationalen Politik. Es garantiert uns die notwendige Rüstung des Reiches und schützt uns vor ehrloser Schwäche. Aber in diese 39 Mandate teilen sich Rechte und Linke. Und zwar haben die Konservativen 9, die Reichspartei 1, die wirtschaftliche Vereinigung 1, der Bauernbund 1, die Landwirtsbündler 4 Sitze gewonnen, zusammen also 16. Das Zentrum ist um 1 Mandat gestärkt worden, die Polen haben 4 Vertreter mehr. Um 21 Sitze ist demgemäß die Richtung im neuen Reichstage stärker, die kulturell und wirtschaftlich antiliberale Ziele verfolgt. Dem haben die Liberalen zusammen 7 Gewinne entgegenzustellen. Die Nationalliberalen haben 3, die Freisinnige Vereinigung 4, die freisinnige Volkspartei 8 und die deutsche Volkspartei 2 Mandate gewonnen. Daneben ist die Zahl der unkontrollierbaren Wilden von 4 auf 5 gestiegen. Alles in allem eine ziemlich gleichmäßige Verteilung der sozialdemokratischen Verluste auf die rechte und die linke Seite des Hauses und doch eine wesentliche Verstärkung der Machtfülle der Rechten, die nunmehr ohne Anstrengung mit dem Zentrum Majoritäten bilden kann. Wir wollen nicht schwarz malen und vermeiden mit Absicht, das reaktionäre Gespenst zu zitieren. Denn um so weit zu gehen, müßte man Sicheres über die Pläne der Regierung wissen. Von vornherein scheiden wir den Verdacht aus, als gehe die Regierung mit finsteren Gedanken auf Wahlrechtsraub und Verminderung des Koalitionsrechts um. Eine solche Torheit ist der Regierung nicht zuzutrauen, nachdem das Volk soeben gezeigt hat, daß man auch mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht ein national zuverlässiges Parlament haben kann. Ueberhaupt glauben wir nicht an brutale Absichten reaktionären Charakters. Indessen sprechen wir offen die Befürchtung aus, der Geist der Regierungsmaßnahmen könne sich noch mehr als bisher von der Rechten beeinflußt zeigen, der Wille zur Modernisierung und Liberalisierung könne noch schwächlicher und unmutiger als bisher vegetieren. Die Gründe dieser Befürchtung sind bekannt. Sie liegen nicht nur in den realen Machtverhältnissen, sondern auch in dem Wechsel der offiziellen Kampffront. Die Parole „Gegen das Zentrum" ist nach den Hauptwahlen gänzlich ausgeschaltet worden. Und nach einer Lesart Berliner Blätter hat der Kaiser in der Stichwahlnacht bereits wieder von dem Zusammenstehen aller Konfessionen gesprochen. Das Politische übersetzt, kann das als Wiederaufnahme des Zentrums in den Kreis der nationalen Parteien gedeutet werden. Und das nach dem Abkommen in Bayern und nach den höhnischsten Provokationen der Zentrumspresse!

Für die nächste Zeit kommt alles auf die Regierung an. Von ihr hängt es ab, ob sie den Liberalismus an ihrer Seite als willigen Mitarbeiter, ob sie ihn in die Opposition drängen will. Es heißt also abwarten. Das aber erwarten wir von ihm, das erwarten seine Wähler, daß er in nationaler Zuverlässigkeit für die Geltung seiner Grundsätze mit allen Kräften kämpfe, daß er die Ueberlegenheit seiner politischen Anschauung durch seine eigenen Taten beweise, daß er auch in der Minderheit seinen Stolz und die Rechte des Volks allezeit zu wahren wisse. Dazu Glück auf!

Was man vom Klerikalismus lernen kann.

Von Professor Dr. Karl Lamprecht (Leipzig).

In einem gestrigen Artikel ist gezeigt worden, wie die katholische klerikale Kirche der Gegenwart einer der vollendetsten heute bestehenden menschlichen Organismen auf deutschem Boden ist. Sie ist wie ein Staat im Staate; ja sie ist geradezu ein Staat im Staate, der innerhalb des Baues dieses weltlichen Staates durch das Sonderparlament des Zentrums vertreten ist, in welchem sich bekanntlich Angehörige aller weltlichen Parteien, Feudale, Konservative, Liberale und Radikale zusammenfinden. Und noch einmal mehr: Dieser Staat im Staate hat dem weltlichen Staate in der letzten Zeit geradezu das Paroli geboten, hat ihm die Pistole auf die Brust gesetzt.

Ueberblicken wir unter Erinnerung an den früheren Artikel, was eigentlich das Geheimnis der Kraft dieses dem weltlichen Staate gefährlichen Nebenbuhlers ausmacht, so finden wir am Ende zwei Punkte: Seine eminent moderne Organisation und die Tatsache, daß er bestimmte führende Schichten unseres Volkes mit bestimmten Massen zu der engsten Interessengemeinschaft zusammenschweißt; daß er, echt demokratisch im Sinne des Zeitalters, die Klerikal-Gebildeten seit der Zeit der Romantik und die seit der Revolutionszeit lebendig gewordenen untersten Schichten zugleich umfaßt.

Von diesen beiden Merkmalen ist das erste vor allem in den Prüfungen des Kulturkampfes ganz und aufs Hervorragendste entwickelt worden. In diesem Sinne konnte Fürst Bismarck schon 1875 im Preußischen Abgeordnetenhause äußern:

Der Papst hat in Preußen seine offiziöse Presse besser bedient wie die des Staates, wohlfeiler, aufgebrachter, zugänglicher; er hat in dieser offiziösen Presse die Möglichkeit, seine Dekrete amtlich, wenigstens mit amtlicher Glaubwürdigkeit, zu verkünden, und die Gesetze unseres Staates für null und nichtig zu erklären; er hat außerdem auf unserm Boden ein Heer von Geistlichen; er zieht Steuern ein; er hat uns mit einem Netz von Vereinen und Kongregationen überspunnen, deren Einfluß sehr wirksam ist, — kurz, es gibt kaum, seitdem wir verfassungsmäßig sind, jemanden, der in Preußen persönlich und autokratisch so mächtig wäre, wie dieser hohe italienische Prälat, mit seinem Rat des italienischen Klerus umgeben; so mächtig wie er mit seinem Apparat kann kaum eine andere Persönlichkeit auf unsere preußischen Verhältnisse einwirken.

Und doch war um diese Zeit der Wahlapparat des Klerikalismus noch keineswegs völlig entwickelt; erst die späteren Zeiten haben z. B. die Entfaltung einer eigenen klerikalen Philosophie, Wissenschaft, bildender Kunst, Dichtung — ja Literatur, herab bis auf besondere klerikale Reisehandbücher und dergl., vollkommen erlebt.

Dieser ganze Herrschapparat indes, so großartig er ist, führt dennoch immer noch nicht in die eigentlichen Kammern der Kraft des Klerikalismus. Diese sind vielmehr erst mit der besonderen Tatsache gegeben, daß sich im Klerikalismus höchst entwickelte Werte modernster Kultur mit dem vorzeitlichen Fühlen der Massen unter ganz besonderen Umständen, die wir geschildert haben, auf demokratischem Boden zu fast unwiderstehlichen Wirkungen zusammenfinden.

In diesem Augenblick entsteht nun die Frage, ob sich ähnliche Konstellationen für die Gegenwart nicht auch auf anderen Gebieten schaffen lassen — insbesondere, ob sich nicht im Bereiche des Staates eine verwandte Vereinigung von Kräften finden ließe, die dann auch fähig sein würde, dem Klerikalismus, insoweit er dem Staate zu nahe tritt, auf seinem eigensten Gebiete zu bekämpfen. Der Beantwortung dieser Frage sollen die hier nach folgenden Bemerkungen dienen.

Offenbar ist es dabei nicht mit der Nachahmung der einzelnen modernen Machtmittel des Klerikalismus getan. Gewiß: der Staat könnte bereits unendlich viel für die Beherrschung der nationalen Gesellschaft gewinnen, wenn er auch nur diese direkt in annähernd gleicher Weise wie der Klerikalismus entwickelte. Was bedeuten in diesem Zusammenhange z. B. nicht allein schon die Worte Vereinsleben und Presse. Was würde es heißen, wenn die öffentlichen Gewalten die Hand dazu böten, das ungeheure korporative Leben der deutschen Gegenwart durch Errichtung neuer Selbstverwaltungsnormen und durch Uebertragung kleiner staatlicher Pflichten und Rechte politisch zu ergreifen! Es wäre ein Stück der heute schon von mehr als einer Seite geforderten Politisierung der Gesellschaft im besten Sinne. Und was würde es bedeuten, wenn die öffentlichen Gewalten sich des ungeheuren Machtmittels der Presse in vorurteilsfreier Weise zu bedienen begännen, statt es selbstmörderisch zu verachten. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß es selbst sogenannten gutgesinnten Redakteuren heute oftmals nicht gelingt, das Publikum in einer der Regierung genehmen sachgemäßen Weise unter Beihilfe der Regierung selber aufzuklären. Wie beschämend weit ist unsere Presse — eine Presse, die sonst in so vielen Stücken die des Auslandes überragt — in dieser Hinsicht hinter den Organen der öffentlichen Meinung in anderen Ländern zurück! Müßte nicht in jeder wichtigeren Behörde ein Preßagent angestellt, müßten nicht in den höheren Stellen durchweg Preßbureaus entwickelt werden? Hier kann die Organisation der klerikalen Presse ein glänzendes Beispiel dafür geben, was not tut — nottat schon nach dem Zeugnis Bismarcks aus dem Jahre 1875.

Gleichwohl berühren alle diese wichtigen Dinge doch nur Nebenfragen gegenüber dem Hauptproblem, inwiefern es gelingen möchte, dem klerikalen Denk- und Empfindungskreise einen staatlich, der öffentlichen Sittlichkeit und dem öffentlichen Rechte angehörenden Denk- und Empfindungskreis von gleicher, ja womöglich überlegener Wucht entgegenzustellen. Aber gerade diese Frage, eine der schicksalsschweren unserer Zukunft, erscheint heute, nach den Wahlen vom 25. Januar, lösbar.

Die politische Vertretung des vierten Standes ist zurückgedrängt, ist halb geschlagen. Wird man das den vierten Stand entgelten lassen und nach der Schlacht die Verfolgung einleiten? Es wäre der verhängnisvollste Fehler, den man begehen könnte. Denn auch die Männer des vierten Standes sind Angehörige der großen deutschen Familie. Der gerade entgegengesetzte Weg empfiehlt sich. Und entschließt man sich zu ihm, so hat man die oben geforderte Konstellation oder wenigstens eins ihrer Elemente, das der Masse.

Das andere Moment aber braucht kaum erst genannt zu werden. In voller Klarheit steht es vor uns. Wer das politische Denken des Kaisers sich aus den zahlreichen denkwürdigen Tönen jener Reden genauer vergegenwärtigt, die hier in Verdacht kommen, der bleibt darüber auch nicht im geringsten Zweifel: dieses Denken ist höchst modern und höchst historisch zugleich; es wurzelt mit seinem Ideenkreise von der Notwendigkeit eines reichsfürstlichen kaiserlichen Führers in politischen Vorstellungen der Vorzeit, und es anspannt mit seinem weltpolitischen Programm die Gegenwart, ja reicht hinein in eine noch weite Zukunft. So ist es, wie das Denken jeder geistigen Kraft, die auf ihre Zeit zu wirken weiß, konservativ und liberal zugleich; und neben Vorstellungen höchst fortschrittlichen Charakters stehen pathetische Stimmungen und selbst Gedanken ferner Jahrhunderte. Damit aber ist der Kaiser im höchsten Grade geeignet, eben mit seiner Person die Brücke zu finden, die ihn die Masse des vierten Standes zuführen kann: umsonst könnte er sich von ihnen schon nicht minder wie von den führenden liberalen und konservativen Schichten.

Man versenke sich psychologisch eingehend in diesen Gegenstand, und man wird finden, mit wie viel innerer Berechtigung und mit welch sicherem Instinkt der Kaiser sogleich im Anfang seiner Regierung den Versuch gemacht hat, dem vierten Stande nahe zu treten. Freilich damals mißlang der Versuch. Der Kaiser sah, wie nicht selten, zu weit und überlas daher vielleicht nähere Horizonte, und er handelte zu unmittelbar, zu sehr aus dem vollen Herzen des jugendlichen Herrschers. Heute wiederholt sich unter ungleich günstigeren Zeichen die Konstellation dieser Zeiten. Niemand wird mehr glauben, daß ihre Lösung mit den früher angewandten Mitteln möglich sei. Aber daß ein leises Zusammenneigen, das Zeichen einer Bereitwilligkeit nur, zusammen zu arbeiten, zu hören, zu urteilen, zu schaffen, versöhnend zu wirken, schon von der außerordentlichen Bedeutung sein würde, ist nach dem Gesagten klar. Und sehen wir schließlich von allen geschichtlich durchaus begründeten Erwägungen ab: Soll denn in der inneren Politik nicht noch einmal mehr als sonst im Staatsleben das Herz gelten? Ich habe in diesen Tagen so mannigfachen Verkehr mit Reichstagswählern gepflogen, jungen und alten, geistig reichen und geistig armen: sie alle, jetzt die Sieger in der besonders bewegten Leipziger Wahlschlacht, die Wähler des nationalliberalen Dr. Junck, beschäftigt der Gedanke der Nationalisierung nicht der Sozialdemokratie, wohl aber des vierten Standes.

Im neuen Reichstag.

Als am 13. Dezember der alte Reichstag auseinanderging, lag es über der Zukunft der Abgeordneten wie ein dichter Schleier. Wem schließen sich heute die Pforten des Wallothauses für immer — wer wird wiederkehren dürfen, von neuem durch das Vertrauen des Volkes ausgezeichnet? Ein nationaler Abgeordneter hat damals zu einem sozialdemokratischen Kollegen gesagt: „nun — Sie werden wohl fast alle zurückkommen, aber — wir —? So wenig Zutrauen traute er der kolonialpolitischen Wahlparole zu, und der rote Kollege lächelte in dem Bewußtsein: „mir" kann es nicht fehlen! Beide haben seitdem erfahren: es kommt immer anders, als man es sich denkt. Mit ihnen ist es vielen anderen so gegangen. Und wer sich heute das Wahlresultat mit den alten und neuen Namen besieht und dieser gedenkt, die nicht wiedergekommen — der sieht in ein so dichtes Durcheinander hinein, wie es ähnlich nur die Fülle der sich widersprechenden Stichwahlparolen in den letzten zehn Tagen bot.

So manher schied für immer. Voran der greise Reichstagspräsident Graf Ballestrem, der ja auch gar nicht wiederkehren wollte, der lieber seinen Wahlkreis dem Kampfe zwischen Zentrum und Polen überließ und den nun auch ein Volkspole namens Jankowski ersetzen wird. Zwar nicht auf dem behaglich bereiteten hochlehnigen Präsidentenstuhl, aber als Vertreter von Lubliniz-Tost-Gleiwitz und andern „—witz und —itzen". Wer die Präsidentenglocke in die Hand bekommt, das steht noch in den versiegelten Büchern geheimnisvoller Fraktionspolitik verborgen. Wird es der freikonservative Fürst Hatzfeld sein, der Breslau-Ost der Sozialdemokratie abnahm, oder wird man von neuem dem Zentrum die Ehre der Repräsentation und Leitung des hohen Hauses überlassen? Recht und billig wäre es, wenn die Minoritätsparteien vom 13. Dezember, die jetzt eine nationale Mehrheit bilden, sich hiergegen sträubten und bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck bringen wollten, daß der Charakter des Reichstages sich verändert hat. Aber wer weiß, ob die Konservativen da mitmachen. Sie erhoffen ja, für ihre besonderen politischen und wirtschaftlichen Ziele mit aller Grandezza eine konservativ-ultramontane Mehrheit zur Hand zu haben. Sie selbst erleben die Freude, eines ihrer radikalsten Mitglieder, den Herrn von Oldenburg-Januschau wieder in der Fraktion begrüßen zu können, der mit Preußens Macht die demokratisierende Politik der süddeutschen Staaten einschüchtern möchte! Dabei hat ihn vor dem Durchfall gegen den Sozialdemokraten nur der Freisinn gerettet, den er und seine Gesinnungsgenossen sonst so gern als die „Vorfrucht des Umsturzes" bezeichnen. Oldenburgs politisch-konservativer Radikalismus wird durch zwei Vertreter des Bundes der Landwirte auch auf wirtschaftlichem Gebiete entsprechenden Ausdruck finden. Dr. Roesicke und Dr. Hahn kehren mit frischen Kräften ins Parlament zurück, nachdem sie durch den Ausfall der Wahlen von 1903 zu unfreiwilliger parlamentarischer Muße verurteilt worden waren. Aber der Mecklenburger Rettich wird ihnen nicht mehr zustimmen können — er ruht sich, vom Freisinn geschlagen, bis zur nächsten Wahlschlacht aus. Dafür ist der Reichsparteiler Gamp aus der Stichwahl mit dem doppelt aufgestellten Zentrumsführer Spahn als Sieger wieder hervorgegangen, und die beiden Pauli, der reichsparteiliche Professor wie der deutschkonservative Tischlermeister, nehmen auch ihre Sitze wieder ein. Der eine hat über den Sozialdemokraten Bruhn, der andere über den Sohn des alten Liebknecht gesiegt, dem es wieder nicht gelang, des Vaters Namen im Reichstag zu vertreten. Unter den Freikonservativen sei schließlich noch Generalleutnant von Liebert genannt, der als Vorsitzender des bekannten Reichsverbands im Reichstag manchen Strauß mit den Sozialdemokraten wird bestehen müssen, aber als erfahrener Kenner der Kolonien eine schätzenswerte Kraft bei den kolonialen Beratungen zu werden verspricht.

Von bekannten Nationalliberalen kehren außer den schon nach der Hauptwahl genannten Abgeordneten wieder Freiherr Heyl zu Herrnsheim, dessen Mandat äußerst bedroht war, Graf Oriola, Hagemann, die Badener Blankenhorn und Beck, der Hesse Haas, der Jenenser Lehmann, Rempen. Dagegen ist u. a. der bekannte Protektor der „Nationalzeitung" Bartling in Wiesbaden dem Sozialdemokraten unterlegen. Von neuen Männern in der nationalliberalen Fraktion nennen wir vor allem unsere sechs Sachsen: Leipzigs Stadt den Justizrat Junck, Dresdens wackeren Kämpen, Landgerichtsdirektor Heinze, den schon als Landtagsabgeordneten verdienten Fabrikanten Merkel, Bankdirektor Weber-Zittau, Döbeln entnehmt den redegewandten Dr. Enderling, mit dem der Coburg Bund als mit seinem Direktor eine überaus wertvolle Vertretung im Reichstag erhält, und last not least Dr. Stresemann, den mutigen Verkämpfer eines entschieden liberalen Nationalliberalismus, ein ganz besonders unsere Glückwünsche in den Reichstag begleiten. — Die Freisinnige Vereinigung, die bei der Hauptwahl nur ihren greisen Führer Eugenbundirektor Schrader durchbringen konnte, hielt nach der Stichwahl die Mehrzahl ihrer Führer wieder im Reichstag. Gothein und Mommsen kehren zurück, Pachnicke ist so wenig wie Porthoff schwerem Stichwahlkampfe unterlegen. Dagegen mußte von Gerlach einer fanatischen antisemitischen Agitation in Marburg weichen und Kiff verlor in Straßburg-Stadt das Mandat gegen die Sozialdemokratie. Unter den neuen Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung, zu denen auch der Bruder des bekannten früheren Theaterdirektors Dr. Neumann-Hofer, Chefredakteur in Detmold, gehören dürfte, sei vor allem D. Friedrich Naumann genannt, den Heilbronn in den Reichstag sendet. Er wird zu denen gehören, die, wenn sie reden, auch etwas zu sagen haben und die auch über der Partei Grenze hinaus voller Beachtung gewiß sein dürfen, wird es auch nicht an dem Versuch fehlen, ihn unsachlich und mit oberflächlichen Redensarten zu bekämpfen. Kopsch, Fischbeck, Hermes, Wiemer werden ebenso wie Müller-Meiningen die freisinnige Volkspartei repräsentieren. Eickhoff ist sogar zweimal gewählt, so daß er einen seiner Wahlkreise einem Parteigenossen überlassen kann. Cuno hat Hagen trotz des Zentrums gehalten. Von neuen liberalen Abgeordneten seien ferner hervorgehoben Hedscher, der das Herzogtum Lauenburg vertreten wird, Dr. Strube, der Pläne-Oldenburg, eine der festesten konservativen Hochburgen, erstürmt hat und dann unter den der süddeutschen Demokratie zugeneigten Herren Dr. Oeser, der Redakteur der „Frankfurter Zeitung", der Frankfurt a. M. endlich wieder den Sozialdemokraten entriß. Auch der demokratische Führer Haußmann kehrt zurück, den die Sozialdemokratie durchfallen lassen wollte. Dagegen ist leider Blumenthal in den beiden reichsländischen Wahlkreisen, in denen er im Stichwahlkampf stand, unterlegen. Aus Sachsen werden zwei bekannte Freisinnige

SLUB
Wir führen Wissen.